

Information gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung

Vorbemerkung

Die Große Kreisstadt Borna (nachfolgend Stadt Borna genannt) erhebt für die Erfüllung der ihr obliegenden öffentlichen Aufgaben öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte, Beiträge, Steuern sowie sonstige Einnahmen. Zur Durchsetzung der Zahlungsansprüche verarbeitet die Stadt Borna personenbezogene Daten. Personenbezogene Daten sind all jene Informationen, die einzelne Personen eindeutig identifizieren oder identifizierbar machen. Als Verarbeitung gilt in diesem Sinne das Erheben, Speichern, Verwenden, Weiterverwenden, Übermitteln, Bereitstellen oder Löschen von Daten. Im Folgenden informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer im umseitigen Formular angegebenen personenbezogenen Daten.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Stadtverwaltung Borna
Markt 1
04552 Borna
03433/873-0
stadtverwaltung@borna.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Stadtverwaltung Borna
Frau Stassig
Markt 1
04552 Borna
03433/873121
dsb.borna@borna.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Stadt Borna ist zum Zwecke der Forderungsdurchsetzung berechtigt, personenbezogene Daten zu verarbeiten (§ 27 SächsKomHVO i. V. m. §§12 und 15 SächsVwVG). Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e der DSGVO.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Im Rahmen der Forderungsdurchsetzung werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

- Namen (Vor- & Zuname)
- E-Mailadresse
- Mitglieds- / Versicherungsnummern
- Anschrift
- Geburtsdatum
- Kfz-Kennzeichen
- Telefon / Fax.-Nr.
- Kontodaten (IBAN & BIC)
- Einkünfte / Gewinne / Vermögen

5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die verarbeitende Stelle darf Daten innerhalb der Verwaltungseinheit (Stadt Borna) weitergeben, soweit dies zur Erfüllung ihrer eigenen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Im Rahmen laufender Vollstreckungsverfahren anderer deutscher Vollstreckungsbehörden dürfen personenbezogene Daten aufgrund formeller Amtshilfeersuchen an diese weitergegeben werden. Darüber hinaus werden Daten an Dritte nicht weitergegeben.

6. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten, die im Rahmen des Mahnungs- und Vollstreckungsverfahrens verarbeitet werden, bleiben 10 Jahre nach Beendigung des Verfahrens gespeichert. In allen anderen Fällen werden die personenbezogenen Daten nach überörtlicher Prüfung des jeweiligen Jahresabschlusses in dessen Jahr die Daten verarbeitet wurden, gelöscht.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft.
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Stadt Borna gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Aufsichtsbehörde gegenüber öffentlichen Stellen ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte.

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden (Postanschrift)

Kontor am Landtag, Devrientstraße 1, 01067 Dresden (Hausanschrift)

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de Internet: www.datenschutz.sachsen.de